

# Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 1411. Für Inserate 1921, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste L. Nachtrag, Seite 17. — Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Postung 18.00 RM., monatlich 6.00 RM. Beim Abholens vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 RM., monatlich 5.70 RM. Bei den Postanstalten vierteljährlich 18.90 RM., monatlich 6.30 RM. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 20 Pf. — Anzeigengebühr: die oberste Zeile 100 RM., im Restbetrag je Zeile 2.50 RM. Belegblätter der Seite 50 Pf. Anzeigen-Kabarett geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 6258 Berlin.

Nr. 63. Magdeburg, Mittwoch den 16. März 1921. 32. Jahrgang.

## Die Rapp-Bestien von Breslau.

**Aus Breslau wird uns geschrieben:**  
Ueber eine Woche ist jetzt gegen drei der rohesten Vertreter des Freikorps Muloč, das in den Kapptagen in Breslau für „Ruhe und Ordnung“ sorgen sollte, verhandelt worden. Der Verlauf des Prozesses, der die ganze riesige Reihe der unglücklichen und unschuldigen Opfer dieser vertierten Freikorpskadetten aufmarschieren ließ, hat solche Roheiten und Bestialitäten zur Sprache gebracht, daß sich dem fühlenden Menschen oft die Feder sträubt, derartige Greuelthaten auch nur zu berichten. Ueber 75 Zeugen waren geladen, und ihre Zahl hat sich im Verlauf des Prozesses noch erheblich vermehrt. In fünf Wochentagen wurde von vormittags 9 Uhr bis nachmittags um 4 Uhr weiter nichts getan, als all

die schrecklichen Einzelheiten der Verhaftung und Martern der unschuldigen Opfer aufzurollen, all diese an mittelalterliche Folterqualen erinnernden tierischen Grausamkeiten, die Deutsche gegen Deutsche begangen haben. Und immer wieder kam im Verlauf der Zeugenaussagen zum Ausdruck, daß die Offiziere des Freikorps und sein Führer, der Oberleutnant von Muloč selbst, diese barbarischen Mißhandlungen nicht nur geduldet haben, sondern daß sie zu ihnen aufgefordert und die folternden Soldaten durch Zurufe in ihrem Tun bestärkt haben. Von diesen Offizieren sitzt keiner auf der Anklagebank, aber eine Anzahl treten als Zeugen auf und werden, da das Gericht sie selbst der Mithäterschaft für dringend verdächtig hält, nicht bereubigt. Immer wieder hört man, daß ein Offizier einen Verhafteten mit der Faust ins Gesicht schlug, mit der Reitpeitsche mißhandelte, daß sich Offiziere in den rohesten Ausdrücken, auch gegen Frauen, ergingen, daß sie die mißhandelnden Soldaten anfeuernten durch Zurufe wie „Zu mer festel“, und daß sie, wie ein Zeuge unter Eid bekundete, erklärten: „Etwas dressieren könnt Ihr die Gefangenen, aber wir dürfen nichts sehen.“ Also zu der unbeschreiblichen Roheit gesellt sich die Feigheit, für das eigne Tun einzustehen und einmal die Verantwortung für ihr verbrecherisches Handeln zu übernehmen. Es handelt sich um die Offiziere Oberleutnant von Muloč, Oberleutnant Merz, Leutnant Ulrich, Leutnant von Woyrsch, Leutnant Schmidt, deren Verhaftung wegen Begünstigung der Untaten unbedingt gefordert werden muß.

Die Angeklagten haben eine Kette von Roheiten begangen, und der Angeklagte Wiskup genoh mit seinem Gummiknüppel geradezu eine Verühmtheit, denn wenn wieder neue Gefangene ankamen, wurde ihm sofort zugerufen: „Wiskup, hier hast Du wieder Arbeit!“ Verschiedene der Zeugen wurden

bis zur Besinnungslosigkeit geschlagen, und in diesem Zustand wurde nicht etwa von den Mißhandlungen abgelassen, sondern sie wurden weiter geschlagen, bis sie wieder zum Bewußtsein kamen und wieder zusammenbrachen. Ein Zeuge war schon verbunden, weil er heftig am Kopfe blutete, und wurde dann trotz seines dicken Verbandes um den Kopf weiter auf den Kopf geschlagen, ein anderer, der auf eine schwere Kriegsverletzung hinter dem Ohre hinwies, wurde dann gerade auf diese Wunde geschlagen.

Natürlich begingen nicht nur diese drei Angeklagten die Mißhandlungen, sondern die Verhafteten hatten eine ganze Reihe von Leidensstationen zu durchlaufen. Beim Eintritt ins Generalkommando wurden sie mit Schlägen empfangen. Dann flogten sie meistens kopfüber in einen Wachteller, von dort wurden sie mit Reitpeitschen, Gummiknüppeln, Gewehrkolben bis zum zweiten Stode geschlagen, wo die Spielzeuge Muločs lagen, zu denen auch die drei Angeklagten gehörten. Dort gingen die Mißhandlungen weiter, bis die Angeklagten

in der Folterkammer anlangten, wo sie mit dem Gesicht gegen die Wand ohne Wasser und Essen und ohne austreten zu dürfen teilweise bis zu 12 Stunden unter Mißhandlungen und Androhungen der Todesstrafe regungslos stehen mußten, wenn sie nicht infolge der ausgestandenen Qualen zusammenbrachen. In dieser Folterkammer wurden noch bei späterer Befichtigung Spuren von Blutlachen festgestellt, sowie die Löcher von kreisförmig in die Wände geschlagenen Nägeln. Um diese herum waren zahlreiche Wulstspriker, weil Gefangene mit den Köpfen gegen die Nägel gestoßen wurden, was durch Zeugenaussagen bestätigt wird.

Die Angeklagten verlegten sich im Laufe der Verhandlungen völlig aufs Beugnen, zeigten keine Spur von Reue und versuchten einen Alibibeweis anzutreten, der aber durch die eidlichen Zeugenaussagen als völlig gescheitert angesehen werden muß. Die Verteidigung versuchte natürlich das Amnestiegesetz in Anwendung zu bringen und die Erregung der Truppe, auf die die Ausschreitungen zurückzuführen seien, durch Artikel der linksstehenden Presse zu begründen, die sich bereits vor dem Rapp-Bulsch mit der reaktionären Truppe in scharfer kritischer Weise befaßt hatte.

Das Gericht ist objektiv, eine erfreuliche Tatsache nach den trübten Erfahrungen, die wir mit der Justiz in zahlreichen ähnlichen Prozessen gemacht haben.

**Der Staatsanwalt ist der unbeirrbar Ankläger**  
und unternimmt es in keinem Falle, sich zum Verteidiger der Angeklagten aufzuwerfen. In seinem zweifelhafte Plädoyer bewies er die Nichtanwendbarkeit des Amnestiegesetzes und gestörte die scheinbar verabredeten Alibi-beweisversuche. Er schloß sich den Zeugenaussagen und Pressestimmen, die das Gefangenenzimmer in Generalkommando eine „Folterkammer“ nannten, voll an und erklärte, daß diese Grausamkeiten nicht treffenden gekennzeichnet werden könnten als durch das Wort aus dem Mittelalter: Folter. Er beantragte daher am Freitag für die Angeklagten Walter und Wiskup das Höchststrafmaß von 5 Jahren Gefängnis und für den Angeklagten Wrefka 4 Jahre Gefängnis.

**Das Urteil lautete:**  
Offizierstellvertreter Walter 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, Gefreiter Wiskup 4 Jahre Gefängnis, Unteroffizier Wrefka 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Sämtlichen Angeklagten wurde die erlittene Untersuchungshaft in Höhe von 7 Monaten 3 Wochen Gefängnis auf die Strafe angerechnet. Die Zubilligung mildernder Umstände wurde den Angeklagten versagt, weil, wie der Vorsitzende bei der Urteilsverkündung hervorhob, die unmenschliche Roheit, mit der die Angeklagten wehrlose Gefangene systematisch gequält haben, strafverschärfend gewirkt hätte. Das Amnestiegesetz könne nicht in Anwendung gebracht werden, da keinerlei politische Beweggründe, sondern ausschließliche Roheit der Grund zu den strafbaren Handlungen gewesen sei. Eine

**Verurteilung der nichtangeklagten Offiziere**  
bedeutet die weitere Begründung des Urteils. Es heißt darin:

Eine Reihe von Offizieren ist durch die Zeugenaussagen der Begünstigung der Abgeurteilten und einer Reihe von noch abzuurteilenden Straftaten schwer verdächtig worden, so der Oberleutnant v. Muloč, der nach den Zeugenaussagen im dringenden Verdachte der Erpressung und der Duldung von Mißhandlungen steht, ferner Oberleutnant Merz, der ebenfalls Mißhandlungen geduldet und wahrscheinlich auch dazu aufgereizt hat. Dieser Zeuge ist sich seiner Mithäterschaft bewußt und hat deswegen die Aussage im Prozeß teilweise verweigert; auch die Leutnants v. Woyrsch und Ulrich sind durch die Zeugenaussagen des Prozesses erneut in den dringenden Verdacht gekommen, zu Mißhandlungen aufgereizt zu haben, und Leutnant Benort steht in dem dringenden Verdachte der Duldung von Mißhandlungen. Alle diese Straftaten können nach der Auffassung der Breslauer Strafkammer nicht in unmittelbarem und daher für die Anwendung des Amnestiegesetzes ausreichendem Zusammenhang mit dem Bulsch gestanden haben. Wenn die Offiziere vielleicht nicht wie die jetzt verurteilten Unteroffiziere lediglich aus Roheit gehandelt haben, so ist nach allen bisherigen Zeugenaussagen doch anzunehmen, daß ihre Begünstigung von Mißhandlungen bzw. Erpressung Gründe hat, die der Staatsanwalt als Wollust bezeichnet bzw. als den Wunsch, sich bei der Truppe beliebt zu machen.

Das Gericht ist über die Begründung des Strafantrags durch den Staatsanwalt hinausgegangen, indem es ausdrücklich auf die Mithäterschaft der Offiziere hinwies und hervorhob, daß ihre Laten nicht unter das Amnestiegesetz fallen. Es muß gefordert werden, daß gegen diese Offiziere Anklage erhoben wird. Ohne ihre Duldung und Aufforderung wären die Untaten der Mannschaften nie möglich gewesen, ihre Schuld ist es auch, daß die Mannschaften so verrohen konnten.

### Entwaffnung der Einwohnerwehren.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Reichstags am Montag stand der Entwurf über die Entwaffnung der Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen, der bis zum 16. März nach Befehl der Entente eingebracht werden muß.

Vorher stand auf der Tagesordnung die dritte Beratung des Rederei-Abfindungsvertrags. Abg. Bary (Komm.): Wenn die Regierung schon auf dem Standpunkt steht, daß die Rederei entschädigt werden müssen, so sollte sie die neuen Schiffe wenigstens auf ihren eignen Werften bauen lassen.

Damit schließt die Aussprache. Die einzelnen Artikel des Vertrags werden gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Vor der Gesamtabstimmung bezweifelt Dr. Lebl (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident Lbbe stellt die Beschlußfähigkeit des Hauses fest und beraumt auf 10 Minuten später eine neue Sitzung an. Schluß 1 1/2 Uhr.

84. Sitzung.  
Präsident Lbbe schlägt vor, die Abstimmung, die eine namensliche sein wird, gegen 4 Uhr vorzunehmen.

**Wiederaufbauministerium.**  
Es folgt die zweite Beratung des

**Haushalts des Wiederaufbauministeriums.**  
Abg. Wienen (dt.-nat.): Wir fordern größere Förderung der Auslandsdeutschen. Die gewaltige wirtschaftliche Aufgabe des Wiederaufbaues kann nicht von Deutschland allein, aber auch nicht ohne Deutschland durchgeführt werden. Frankreich hat unsere Vorschläge darüber stets abgelehnt, obwohl es wegen seines großen Heeres nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung hat. Es muß verhindert werden, daß nur Großkapitalisten den Wiederaufbau in die Hand nehmen; das Handwerk muß beteiligt werden.

Abg. Dand (D. Sp.): Der Wiederaufbau kann nur mit unfrer Arbeit betrieben werden. Unser Außenhandel hat darunter schwer gelitten, daß man die Liquidationsforderungen nicht aufrechnen konnte. Die Vorentscheidung für die Auslandsdeutschen ist viel zu langsam vor sich gegangen.

Abg. Anleß (Dem.): Bei kommenden Aufträgen müssen die Organisationen des Gewerbestandes berücksichtigt werden, besonders die Gewerbetreibenden der besetzten Gebiete.

Staatssekretär Müller: Die Fachorganisationen des Handwerks und Gewerbes sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Das Wiederaufbauministerium hat in der Frage des Wiederaufbaues von Nordfrankreich auf französischer Seite

keine Spur von Entgegenkommen gefunden.  
(Hört, hört!) Was die Entschädigung der Auslandsdeutschen betrifft, haben wir eine Anzahl Unterkommissionen eingesetzt und hoffen rasch vorwärtszukommen. In der großen Entschädigungsfrage wird das Ministerium alles tun, was mit Rücksicht auf unsere beschränkten Reichsfinanzen nur möglich ist. Das Ausgleichsamit ist so schnell wie irgend möglich errichtet worden. Die Kolonialverwaltung wird nur bis zu einem gewissen Maß abgebaut werden, da wir immer noch hoffen, wieder einmal Kolonien zu besitzen.

Abg. Fries (Komm.): Der Aufbau kann nur durch das Proletariat erfolgen. Die Zerstörung Nordfrankreichs durch deutsches Militär war keine Vergeltungsmassregel. Nicht die, die die Weltwirtschaft gertrümmert haben, können Baumeister sein für den neuen Wiederaufbau. Sie haben in den letzten 2 Jahren bewiesen, daß der kapitalistische Wiederaufbau unmöglich ist.

Bis auf einen Titel, der erst nach Abstimmung über das Rederei-Abkommen erledigt werden kann, wird der Haushalt für Wiederaufbau genehmigt.

**Entwaffnungsgesetz.**  
Es folgt die Beratung über den Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177/78 des Friedensvertrags. Das Gesetz muß bereits am 16. März in Kraft treten, um internationale Schwierigkeiten zu vermeiden.

Reichsaussenminister Dr. Simons: Der Entwurf wird von mir begründet, weil er aus außenpolitischen Gründen eingebracht worden ist. Ich trage mit dem Minister des Innern die Verantwortung, der zu den Einzelheiten Stellung nehmen soll. Die §§ 177/78 des Friedensvertrags verbieten, daß Mitglieder irgendwelcher Vereine militärisch ausgebildet werden und daß irgendwelche Mobilisationsmassnahmen getroffen werden. Die Entente hat am 29. Januar verlangt, daß bis zum 15. März d. J. gesetzliche Bestimmungen zur Ausführung der beiden Artikel erlassen werden. Dem entspricht dieser Gesetzentwurf, da das Entwaffnungsgesetz zur Erfüllung unserer Verpflichtungen nicht ausreichte. Die von den Alliierten gestellte Frist läuft mit dem morgigen Tag ab. In London ist es überhaupt nicht zur Besprechung der Entwaffnungsbestimmungen gekommen, wohl aber haben die Alliierten unmittelbar bei der Beantwortung der deutschen Gegenanschläge ihre angebotenen Sanktionen angedroht.

mit Verfehlungen in der Entwaffnung begründet. Es war zu erwägen, ob der von der Entente begangene Rechtsbruch auch in der Entwaffnungsfrage zu einer Vergeltung führen würde. Die hier verbreitete Auffassung, wir wären nunmehr zur Erfüllung des Friedensvertrags nicht mehr verpflichtet, habe ich vor 2 Tagen im Auftrag der Regierung als nicht den Tatsachen entsprechend gekennzeichnet. (Große Unruhe rechts.) Ich bin der Meinung, daß die Rechtfertigung Deutschlands gegenwärtig sehr gut ist, aber nur so lange, als unsere Rechtfertigung anerkannt wird. In dem Moment, wo wir in der Entwaffnungsfrage zur Vergeltung schreiten und unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag für null und nichtig erklären, würden wir diese Rechtfertigung in der ganzen Welt ver-



Keren. (Unruhe rechts. Zustimmung links.) Ich wolle auf die Schiene und die hinterliegenden Waggonen hin, mit denen polnische Abteilungen in Oberschlesien zu Deutschlands Ungunsten gefächelt werden soll. Bei meiner Durchreise von London durch Magdeburg

war gerade ein Zug Oberösterreich auf dem Bahnhof, der nicht weiter transportiert werden konnte. Polnische Agenten hatten sie veranlaßt, ihnen ihre Papiere anzuhändigen. Wenn wir sehen, daß von polnischer Seite solche Manipulationen getrieben werden, müssen wir dafür sorgen, daß nicht uns dem Friedensvertrag Widersprechendes vorgeworfen werden kann. Nehulich ist es auch mit der Rechtfertigung in der Entwaffnungsfrage. Wir brauchen nur das zu halten, was wir versprochen haben, und in dem Gesetzentwurf steht auch nicht mehr. In den rechtswärtigen Sanktionen der Gegner liegt kein Grund. Bayern gegenüber den Reichsständen zu verleben. Der Gesetzentwurf trägt der legislativischen Verantwortlichkeit Rechnung; der Entwurf greift ungewissheit in die legislativische Selbständigkeit der Länder ein, aber das Reich muß hier seine Zuständigkeit erweitern, da es nach außen hin verantwortlich ist. Das Gesetz wird einer Kommission überlesen werden müssen und daher nicht bis zum 18. März verabschiedet sein können. Ich hoffe, daß die uns gewährte Frist entsprechend verlängert werden wird.

Hg. Hoffmann (Kaiserlautern, Soz.): Unsere Stellung zu der Entwaffnungsfrage hat sich auch durch den Ausgang der Londoner Konferenz nicht geändert. Wir fordern die Entwaffnung aus Gründen der auswärtigen Politik. Den vorliegenden Gesetzentwurf aber halten wir unzulänglich und untauglich. Es ist immer nur von Selbstschutzorganisationen die Rede, das Wort „Einwohnerwehren“ aber ist abschließend vermieden, und zwar hat erst der Reichsrat es ausgesprochen. Wer soll denn damit gekämpft werden, die Entente oder Deutschland? (Unruhe rechts.) Wir verlangen die Vorlegung des Notenwechsels mit Bayern. Was sich in Bayern vollzieht, ist

ein nationales Trauerspiel.

Wie will die Reichsregierung durchsehen, daß in Bayern die schweren Waffen bis zum 31. März abgeliefert werden? Die hiesige Presse besteht auf der Forderung der Einwohnerwehren und schreit über „Vergewaltigung“. Auch die bayerischen Demokraten machen diese Politik mit. Es ist die Schuld der Reichsregierung, daß infolge ihrer Nachgiebigkeit eine solche Situation geschaffen ist. Sehen Sie nicht, Herr Minister, daß die bayerische Regierung heute selbst nicht mehr Herr der Lage ist? Sehen Sie nicht, daß eine solche Haltung Bayerns eine weitere Befestigung deutscher Gebiete nach sich ziehen und die Positionen gefährden verstärken muß? So schützt man nicht die Einheit des Reiches. Wenn man früher sagte: In Bayern soll das Reich genesen — gilt heute das bittere Wort:

An Bayern geht das Reich zugrunde!

Das letztere Schicksal Deutschlands hängt von dem bayerischen Volk ab. (Große Unruhe rechts. Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Hg. Eder v. Braun (dt.-nat.): Wir brauchen den Versailleser Vertrag nicht mehr zu erfüllen, da er von den Gegnern gebrochen ist. Wir haben auch in der Entwaffnungsfrage keine Verpflichtungen mehr. Wenn Minister Simons immer noch auf das Rechtsbewußtsein unserer Feinde vertraut, so macht er uns damit vor der ganzen Welt lächerlich. Bayern hat die schwersten Zeiten durchgemacht und will sich durch die Einwohnerwehren nur gegen eine Wiederkehr schützen. Wir lehnen das Gesetz ab. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird darauf unterbrochen, um die Abstimmung über den Neberer-Abfindungsvertrag nebst dem Zusatzartikel vorzunehmen. Diefes ist auf Antrag Schiffer (Dem.) namentlich. Der Vertrag wird mit 238 gegen 60 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten bei drei Enthaltungen angenommen.

Darauf wurde die Beratung des Entwaffnungsgesetzes fortgesetzt.

Reichsminister des Innern Rud.: Als Mitglied des Kabinetts trage ich mit die Verantwortung für dieses Gesetz, obwohl die Gründe für seine Einbringung rein außenpolitisch sind. Das Wort „Selbstschutzorganisation“ ist nicht darin enthalten, weil es auch im Friedensvertrag nicht vorkommt. Sachlich und juristisch kommt es aber auf dasselbe hinaus. Wenn das Reich die Durchführung eines Reichsgesetzes, wie in diesem Falle, selbst übernimmt, so ist das keine Verringerung der Verfassung und kein Eingriff in die Rechte der Länder. Wer überhaupt politisches Augenmaß hat, wird in dieser Zeit bewahrt hat, muß einsehen, daß es eine verhängnisvolle Katastrophe politisch wäre, wenn das Gesetz nicht angenommen würde.

Hg. Solmann (Unabh. Soz.): Das Gesetz bedeutet nichts anderes als eine Freiführung der öffentlichen Meinung. Man will dem Gebote der Entente nachkommen, ohne an dem wesentlichen Zustand etwas zu ändern. Rahr und von Braun wollen es auf den außenpolitischen Konflikt antworten lassen. Nach dem Entwaffnungsgesetz wäre es überhaupt gar nicht möglich, daß noch bewaffnete Vandalen existieren. Hätte man das Entwaffnungsgesetz restlos durchgeführt, dann wäre dieses Gesetz überflüssig. Die gegenrevolutionären Elemente haben heute mehr Waffen als je in der Hand. Die bayerische Regierung verordnet sogar, daß die Einwohnerwehren sich ihre Waffenscheine für beliebige Mengen und Arten von Waffen selbst ausstellen dürfen. (Lebhafter Beifall links.) Herr von Rahr hat in einer Sitzung der Bayerischen Volkspartei davon gesprochen, daß Bayern sich einer Exekution des Reiches mit Gewalt widersetzen würde. Wir sind überzeugt, daß die Entente infolge dieser Haltung Bayerns zu einer

weiteren Befestigung deutschen Gebiets

schreiten wird. So nötig die Entwaffnung der Gegenrevolution wäre, so halten wir doch den Entwurf für völlig unzulänglich und für einen bloßen Bluff und lehnen ihn ab.

Hg. Gamm (Dem.): Ist es denn so undemokratisch, wenn wir die Einwohnerwehren nicht entschützt sehen wollen, um den Staat und seine demokratischen Einrichtungen schützen zu können? Wir wollen eben die Dinge wieder ins rechte Gleis bringen. (Lachen links. Zurufe: Uns recht!) Gegenüber der Einheit des Deutschen Reiches werden wir unsre Pflicht erfüllen.

Außenminister Dr. Simons: Die Behauptung eines Vordrängers, ich hätte den Entwurf nicht für weitreichend genug, ist unzutreffend. So wie die Weltlage Deutschlands augenblicklich ist, ist es unmöglich, diesen Gesetzentwurf nur nach innerpolitischen Gesichtspunkten zu gestalten und zu beurteilen. Wir sind nicht frei und können nicht die Forderungen der Entente in dieser Beziehung ablehnen unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Standes des Friedensvertrags. Dazu muß man eine Macht hinter sich haben und ich werde nicht die junge Mannschaft dafür zum Opfer bringen.

Hg. Remmele (Komm.): Die weißblauen Schmach ist viel schlimmer und schändlicher als die schwarze Schmach. (Lebhafter Beifall links. Zurufe: Vizepräsident Well weiß solche Worte wiederholt, erhebt sich ungeheure Unruhe und Tumult im ganzen Hause. Der Vizepräsident Dr. Well ruft den Redner zur Ordnung. Zuruf rechts: Godherr! runter!) Redner fortsetzend (nach rechts): Sie sind Godherr! (Zweiter Ordnungsruf des Vizepräsidenten.) Die ganze Vorlage ist nur ein Schwindel zur Täuschung der Öffentlichkeit. (Vizepräsident Well weiß den Ausdruck als unparlamentarisch zurück. Zuruf: Er kann ja nicht anders!) Die Vorlage stellt es dem Belieben des Ministers anheim, daraus zu machen, was er will. Nun zum Erlaß des Reichspräsidenten. Im Laufe der letzten Wochen gingen Nachrichten über Waffenfunde in Berlin durch die Presse, und die Behörden haben die Sache ganz einfach liegen lassen. Entweder hat der Präsident die Verordnung nur erlassen zur Täuschung der Öffentlichkeit oder er hat es ehrlich gemeint; dann hat eben die Regierung durch die Ausnahmegesetze sie un-

gemäßigt, so daß sie zum heutigen Zustand führte. Wir erwarten, daß die Regierung mit Erlaß des vorliegenden Gesetzes die Befestigung des Reichspräsidenten aufhebt.

Hg. Simon (Schwaben, Soz.) polemisiert gegen den Demokraten Gamm. Die Einwohnerwehren ist als Gründung Hoffmanns selbst bezeichnet worden. Ja, er hat sie ins Leben gerufen, aber aus ganz andern Gründen als aus reaktionären Gründen. Es ist natürlich bei der Gründung der damaligen Organisation nie daran gedacht worden, sie zu einem künftigen Militärapparat auszubauen. Ich beantrage, die Vorlage an einen Sonderausschuß von 21 Mitgliedern zu überweisen. Der Antrag Simon auf Ueberweisung an den Ausschuß wird angenommen.

Etat des Ministeriums des Innern.

Hg. Well (Dem.): Der Wiederaufbau Deutschlands ist nur möglich, wenn der wirtschaftliche Aufbau mit dem geistigen Hand in Hand geht. Man hätte durch reichsweite Zwangsbestimmungen die Anstellung der elsass-lothringischen Beamten festlegen müssen. Im Interesse der Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe sind die Ausgaben für die Technische Hochschule notwendig. Die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule würde den kulturellen Wert erheblich vermindern.

Hg. Dr. Levi (Komm.): Von einer Milliarde vierhundert Millionen dieses Etats entfallen auf Kulturaufgaben nur einundachtzig Millionen. Der Reichswasserschutz gehört zum Marineetat und ist nur zum Zwecke der Umgehung des Friedensvertrags durch eine Schöpfung in diesen Etat gekommen. (Zuruf: Demagogie!) Der Schöpfer machte aus Abend und Morgen den ersten Tag, ebenso wurde aus Apo und Sibo schließlich Ipo. (Lachen.) Eine Technische Hochschule läte höchstens not gegen streikende Ärzte und streikende Hotels sowie vor allem gegen die Großgrundbesitzer, die seit nunmehr 6 Jahren die Ablieferung der Lebensmittel und

die Ernährung des Volkes sabotieren.

(Zuruf rechts: Unverschämtheit! Vizepräsident Dr. Well: Diesen Ausdruck muß ich als unparlamentarisch erlegen!) Der Belagerungszustand in Bayern ist gleichzeitig ein Verbrechen gegen das Reich. Von den sieben Abgeordneten der Kommunisten in Bayern sind vier im Gefängnis. Vorgänge, wie sie sich in Bayern abspielen, sind eine Schande, ein Spott, ein Hohn auf alle Kultur.

Hg. Leicht (Wahr. Sp.): Die Bayerische Volkspartei hat immer die Reichstreue Bayerns betont.

Hg. Alpers (Deutschmann.) protestiert gegen die Verhaftung des Hg. Colshorn.

Hg. Dr. v. Delbrück (dt.-nat.) begründet einen Antrag des Ausschusses über Verbilligung der Verwaltung.

Hg. Mumm (dt.-nat.): Die Ostjuden müssen ausgewiesen werden.

Hg. Frau Hülf (Soz.): Wir vermüssen im Ministerium des Innern eine großzügige Kulturpolitik; man lebt kulturpolitisch ebenso wie wirtschaftlich von der Hand in den Mund. Die Fertigstellung des Jugendwohlfahrtsgesetzes begrüßen wir aufs wärmste. Unsere Jugend muß im Geiste der Vätererziehung erzogen werden, nicht nach französischem Muster in dem Gedanken der Rebange.

Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Haushaltsplan 1921, Rest von heute. — Schluß nach 9 Uhr. —

## Industrielle über Oberschlesien.

Die oberschlesische Montanindustrie nimmt in einem gemeinsamen Aufruf zur Abstimmung Stellung. Der Aufruf lautet:

Die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens steht unmittelbar bevor. Wir halten es daher für unsre Pflicht, die oberschlesische Bevölkerung vor allem die nach vielen Hunderttausenden zählenden Arbeiter und Angestellten mit ihren Familien auf die unheilvollen Wirkungen einer etwaigen Zuteilung Oberschlesiens an Polen für die Industrie, für das Land und für seine Bevölkerung in voller Öffentlichkeit hinzuweisen.

Besser als andre übersehen die Führer der Industrie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zusammenhänge und wissen deshalb, daß in einem vom Deutschen Reich abgetrennten Oberschlesien unsre Gruben und Hütten, die gesamte übrige Industrie und Handel und Gewerbe durch Wegfall der Lieferungen aus dem Deutschen Reich und durch den Verlust der reichsdeutschen Absatzmärkte lahmgelegt werden.

Damit würde das gesamte oberschlesische Wirtschaftsleben nicht nur in seiner bisherigen Aufwärtsbewegung aufgehalten werden, sondern sogar zum größten Teil verkümmern. In Oberschlesien würde dann Arbeitslosigkeit, Not und Elend herrschen.

Sollten Teile des Abstimmungsgebiets Polen einbezogen werden, so würde noch größeres Unheil diese Teile treffen. In keinem Falle gibt es Mittel, die schweren Folgen abzuwenden.

Oberschlesiens Industrie und Wirtschaft sind im Zusammenhang mit Deutschland entstanden. Sie sind im Verband mit der deutschen Industrie zu ihrer Blüte entwickelt, sie sind nur lebensfähig im Deutschen Reich und müssen getrennt von ihm verderben.

Es folgen die Unterschriften aller irgendwie bedeutenden oberschlesischen Bergwerks-, Hütten- und Industriefirmen. —

## Wirtschaftliche Rundschau.

Am Valutamarkt ist die erwartete Bewegung nach „oben“ nicht eingetreten. Das Kurspendel schlug wohl nach der Entscheidung in London zunächst etwas zungunsten der Mark aus, doch beruhigte sich der Markt schnell wieder, um die Kurse auf die Durchschnittshöhe der vergangenen Wochen zurückfallen zu lassen. Einzelne Werten beharrt man in der immer beliebter werdenden irrigen Zurückhaltung, was angesichts der wirtschaftlichen wie finanziellen Lage Deutschlands sowohl wie der politischen Unsicherheit durchaus am Platz ist. Es notierten:

am 5. März am 12. März

1 Dollar (New York) . . . . .	62,18	62,53
100 Gulden (Amsterd.) . . . . .	2120,35	2155,30
100 Franc (Paris) . . . . .	442,55	448,55
100 Kronen (Stockholm) . . . . .	1388,60	1412,05
1 Pfund (London) . . . . .	242,25	245,00

Die bereits in der vorigen Woche erwähnte Flucht der deutschen Guthaben aus England und Frankreich ist mittlerweile so weit gediehen, daß eine große Anzahl deutscher Banken, darunter die Reichsbank, den Ankauf von Reichsmark und Scheids auf London eingestellt haben.

Etwas zuversichtlicher wurde die Lage von den Effektenmärkten beurteilt. Hier gewährt der überhandene Reinigungssturm, der in den Monaten Januar und Februar die schwachen Elemente außer Gefecht setzte, und dadurch dem Markt innere Halt verschaffte, gute Dienste. Gleich nach der Rückkehr Doktor Simons machte sich zwar anfangs eine kleine „Baïsse“ (Fallen der Kurse) bemerkbar, doch wich die wesentliche Grundstimmung schnell einer durchaus hoffnungsvollen, optimistischen. Be-

merkenswert ist besonders das Steigen der Kurse von Bankaktien. Hier haben bereits einige größere Probingskurse glänzende Abschlüsse veröffentlicht. In den nächsten Tagen werden nun die Berichte der Großbanken erwartet, die Rekordgewinne versprechen.

Den Hauptgesprächsstoff in Kreisen von Handel und Industrie geben naturgemäß die „Sanktionen“ ab. Stark beeinflusst wurde durch sie insbesondere die Leipziger Frühjahresmesse. Das Ausland war, wie wir bereits mitgeteilt hatten, mit starken Kaufabsichten nach Leipzig gefahren. Die ersten Tage hielten zu großen Hoffnungen veranlaßt, daß die deutsche Industrie nicht nur neue Aufträge anknüpfen könnte, sondern durch verstärkten Export in die Lage versetzt würde, einen erheblichen Teil an der Wiedergutmachungsleistung zu erwirken. Da verhandelt der Abbruch der Londoner Verhandlungen und die Aussicht auf das Inkrafttreten der angebotenen Sanktionen jede Möglichkeit, Geschäfte mit dem feindlichen Ausland abzuschließen. Wenn trotzdem die Messe befriedigend für die Aussteller abschloß, so ist dies ein recht gutes Zeichen dafür, daß imperialistische Außenpolitik und Wirtschaftspolitik nicht getrennt oder gar gegensätzlich betrieben werden können, sondern daß die Vernunft zur Innehaltung der mittleren Linie zwingt.

Interessant ist die Tatsache, daß in London in verschiedenen Blättern im politischen Teile die Durchführung der Sanktionen gebilligt und sogar gepriesen wird, daß aber in derselben Zeitung im Handelsenteil stark gegen die Sanktionen angeknüpft wird. Nicht nur die Zwangsmaßnahmen werden dort bekräftigt, die Stellungnahme geht dort sogar so weit, daß der deutschen Regierung ein Vorwurf gemacht wird, sie hätte, zuviel angeboten, mehr als Deutschland zu ertragen vermöge. So streiten selbst in Feindesland Parlament und Börse um die Herrschaft. Wie lange wird es dauern, bis die Parlamente endlich einmal nicht mehr nach den Fragen der Macht ihre Entscheidung treffen, sondern nur nach denen der Vernunft und der Menschlichkeit? (Merkur.)

## Soldatensinder Siller.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts 8 in Berlin begann die neue Verhandlung gegen den Oberleutnant v. Siller. Hans Siller wegen der vielbesprochenen Vorkommnisse in den Karpaten, bei denen der Kriegsfreiwillige Helmhake den Tod fand. Dieser Fall steht nunmehr zum fünften Male vor dem Gericht zur Verhandlung, nachdem die letzte Verhandlung Mitte Februar wegen Ausbleibens des damaligen Bataillonskommandeurs Dr. Romad vertagt werden mußte. Woher hatte der Fall bereits das Kriegsgericht, das Oberkriegsgericht und das Reichsmilitärgericht beschäftigt. In der ersten Verhandlung vor dem Kriegsgericht war Oberleutnant Siller, in seinem Zivilberuf Assessor, wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener und Mißhandlung in einigen leichteren Fällen zu 41 Tagen Festungshaft verurteilt worden. Dieses milde Urteil hatte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt und war von der Presse aller Parteirichtungen aufs schärfste beurteilt worden. Die eingelegte Berufung des Gerichtsherrn führte zur Aufhebung des Urteils und zur Verurteilung Sillers durch das Oberkriegsgericht zu 2 Jahren Gefängnis wegen Mißhandlung mit Todesurteil und vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen. Das Reichsmilitärgericht hatte dieses Urteil aus formalen Gründen aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an das Oberkriegsgericht zurückverwiesen. Da aber inzwischen die Militärgerichtsbarkeit beseitigt ist, wurde der Fall an das Schwurgericht verwiesen und soll jetzt zur endgültigen Erledigung kommen.

Der Angeklagte war im Frühjahr 1918 Führer einer Kompanie der Gardepioniere in den Karpaten und unter ihm diente der Kriegsfreiwillige Karl Helmhake, der in der Nacht vom 1. zum 2. April 1918 im Arrest verstorben ist. Der Anklagebescheid geht dahin, daß der Angeklagte 1. eines Tages, als Helmhake zur Arrestvollstreckung an einen Baum gebunden war, ihm eine Ohrfeige gegeben habe, 2. daß er Helmhake, als dieser von Krankenträgern zum Austritt geführt wurde und sich bedrückt halte, mit dem Stiefel einen Tritts ins Gesicht gegeben habe, 3. daß er ihn wiederholt zur Vollstreckung von Arreststrafen trotz großer Kälte

an einen Baum angebunden

und ihn außerdem in seinen letzten Lebensstagen als Arrestanten in einem kalten, feuchten, schmutzigen Erdloch sitzen und besonders bewachen ließ. Während dieser Zeit habe er ihm auch, wie mehrere Zeugen bekunden, alle Nahrungsmittel entziehen lassen, so daß solche Behandlung eine schwere Körperverletzung und Gesundheitschädigung des Helmhake verursachte, durch die dessen Tod herbeigeführt wurde.

Siller entwarf noch einmal ein Bild der militärischen Lage in den Karpaten und der Lebensbedingungen, unter denen die deutschen Truppen in dünner Linie die Front gegen die Russen halten mußten. Im Gegensatz zu seinen früheren Aussagen bestand der Angeklagte dann, daß der Unterstand, in dem Helmhake fröhlich untergebracht wurde, nicht verschmutzt oder verschlammig gewesen sei, da der Pionier Kasser als Gefangener des Bataillons schon 5 oder 6 Tage darin gelegen habe, ohne an seiner Gesundheit Schäden zu nehmen. Ueber den strittigen Punkt, ob Helmhake während seiner Haft die Beobachtung von Lebensmitteln entzogen war oder nicht, gab der Angeklagte heute ebenfalls Erklärungen ab, die von seinen früheren Aussagen abwichen. Er gibt zu, daß Helmhake vielleicht einen Tag ohne Essen geblieben sei. An allen anderen Tagen sei er gegen vorschriftsmäßig versorgt worden. — Vors.: Haben Sie Helmhake vor seiner Abführung in die Haft unterzogen lassen? — Angekl.: Nein. — Vors.: Es bestand aber nicht nur im Kriege, sondern schon vorher im Frieden in der Armee der Versuch, daß ein Arrestant vor dem Eintritt schwerer Haft unterzogen werden mußte. — Angekl.: Diesen Befehl kannte ich nicht. — Vors.: Sie sind doch aber Jurist, und da wird Ihnen doch aber sicherlich dieser Befehl einmal vor Augen gekommen sein. Außerdem haben Sie doch aktiv gebietet und waren Referentoffizier. — Angekl.: Ich habe einen derartigen Befehl erst im Jahre 1918 kennengelernt. Bei uns im Regiment wurde zu meiner Zeit nicht ein einziger Arrestant ärztlich untersucht. (Weiter zum Kapitel: Dolchstoß! Die Red.) Das war auch gar nicht möglich, weil der Arzt zumeist nicht anwesend (!) war.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte Siller weiter, daß das Anbinden an den Baum nur in den Mittagsstunden, in denen es damals ziemlich warm war, vollstreckt worden sei. Das extremale hatte er Helmhake an den Baum binden lassen, weil dieser beim Lebensmittelpfang einen ganzen Kufe gestohlen habe, das zweitemal, weil er unerlaubt dem Gemeindefriedhof ferngeblieben sei. Beim zweitemal habe Helmhake sich dann renitent benommen und habe den vorbeikommandierten Bataillonskommandeur beschimpft, der ihn darauf abführen und in ein Erdloch einsperren ließ. Damit, so erklärt der Angeklagte, sei Helmhake der Sorge der Kompanie entzogen und unter die Aufsicht und Verpflegung des Bataillons gestellt worden. — Vors.: Sie sind: Sie sollen nun den Helmhake, als er aus diesem Erdloch einmal zum Austritt geführt wurde, beschimpft haben mit Worten wie „Mistvieh“, „Aas“ und dergleichen und sollen ihn ins Kreuz getreten haben. — Angekl.: Das bekräftige ich ganz entschieden. Mit Helmhake fertig zu werden, war nicht leicht. Der Gesundheitszustand seiner Leute habe sich infolge der geringen Ernährung und der mangelnden Bekleidung immer mehr verschlechtert. Vielfach hätten die Mannschaften auf alle mögliche Art und Weise versucht, durch abschließliche Vernachlässigung und Selbstverwundlung von der Kompanie wegzukommen.

Kuhr und Cholera herrschten

damals gleichfalls infolge des Genusses von Leichenwasser. Die Leute seien noch am Morgen frisch und munter gewesen und











am Abend starben sie plötzlich. Mehr als 50 Prozent der Kompanie hätten sich damals krank im Revier befunden. — Staatsanwalt Dr. Sauer: Haben Sie vielleicht einmal eine Neuheuerung getan, bei Ihnen gebe es keine Kranken, sondern nur Verwundete und Tote? — Angekl.: Es ist möglich, daß ich etwas Derartiges gesagt habe, als einmal vor dem Abwachen in die Stellung sich ein zu großer Teil der Kompanie krank meldete. Hierauf wurde in die Weisung aufnahme eingetreten und als erster Zeuge der frühere Leutnant Schmidt vom Garde-Fußregiment vernommen. Seiner Ansicht nach habe Miller hauptsächlich unter dem Einfluß des Fiebers gestanden, er habe jeden Morgen 38 bis 39 Grad Körpertemperatur gehabt. Ein einziges Mal habe Miller einen schlafenden Posten mit einem Schläge gewedt. Zum Schluß erklärte der Zeuge, daß ihm von einem Befehl nichts bekannt war, wonach die Mannschaften vor dem Anbinden an den Baum ärztlich untersucht werden mußten. Auch in anderen Kompanien habe eine derartige Untersuchung nie stattgefunden.

Auf Anfrage des Generaloberarztes Dr. Wagner erklärt der Angeklagte, daß seine Kopferletzungen infolge der langwierigen Transporte mehrmals einer starken Vereiterung ausgelegt waren. — Rechtsanw. Dr. Girschfeld: Unmöglich einer zweiten Kopferletzung ist der Angeklagte im Feuer geblieben, bis ein Vorgesetzter ihm sagte: „Mensch, wollen Sie wohl zurück! Ihr Schädel ist ja zerplittert!“ — Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt hierauf Dr. Müller, Assistenzarzt bei der 13. Kompanie, er habe die Urtestanten nicht vorher auf ihren Gesundheitszustand untersucht, da das damals nicht üblich gewesen sei. — Staatsanw. Dr. Sauer: Hat der Angeklagte seinen Leuten gegenüber rohe Ausdrücke gebraucht? — Zeuge: Nur solche, wie sie auf dem Kasernenhof üblich waren.

(Weiterkeit, die der Vorsitzende energisch rügt.) Zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kam es dann bei der Vernehmung des folgenden Zeugen, des Bureauarbeiters Berlich. Der Zeuge schildert sehr ausführlich, er habe beobachtet, daß Miller den an den Baum gebundenen Helmhaube gehorfeigt und später, als Helmhaube von Krankenpflegern aus seinem Erdblock herausgezogen wurde, in das Gesicht getreten habe. Er, der Zeuge, habe vor dem Erdblock in dem Helmhaube gefangen saß, Posten gefangen und dem im Fleber wimmernden Helmhaube Schneewasser zu trinken gegeben, obwohl der Gruppenführer Ruhn am Tage vorher den Leuten seiner Gruppe ausdrücklich verboten habe, den Gefangenen „etwas zu fressen oder zu saufen“ zu geben.

Dann wurde der Zeuge Richterfeld vernommen. Der Zeuge hat ebenfalls gehört, daß Ruhn den Leuten der Korporalschaft verboten, Helmhaube Essen oder Trinken zu verabfolgen. Dagegen erklärte der Zeuge, er habe nicht gesehen, daß Helmhaube von Miller geschlagen oder gefesselt worden sei. — Der nächste Zeuge, Maurer Sebastian Kaiser, der damals als Defektor in demselben Erdblock, in dem Helmhaube sich befand, gefangen gehalten wurde, bekundet, daß Miller sich eines Tages den Helmhaube vorführer ließ, und als dieser infolge überzogener Schwäche vor seinem Kompanieführer keine militärische Haltung einnehmen konnte, ihn ansprach:

„Du Schwein, bist Du noch nicht verreckt? Schlägt das Schwein tot!“

Dann habe der Angeklagte dem Helmhaube einen Fußtritt verfehrt. In den drei, vier Tagen, die er mit Helmhaube in dem Erdblock zusammen war, so bekundet der Zeuge, habe er von der Kompanie kein Essen bekommen. Nur heimlich sei ihm ab und zu von seinen Kameraden etwas zugesteckt worden. Im übrigen bekennt der Zeuge die Angaben des Rechtsanwalts Dr. Girschfeld, er (der Zeuge) sei im Felde zweimal defektiert.

Der Zeuge Volberg, ein früherer Unteroffizier aus der Kompanie des Angeklagten, will gesehen haben, wie Miller den an einen Baum angebundenen Helmhaube geschlagen oder gestochen habe. Ueberhaupt sei Schlägen und Stößen bei Miller an der Tagesordnung gewesen. Des weitern bekundet der Zeuge, daß er von dem Befehl gehört habe, wonach Helmhaube in seinem Erdblock kein Essen bekommen hätte. Nach dessen Tode habe das der Kompanieschreiber Knöfler im Unterstand des Kompanieführers zufällig mitangehört, wie Miller zu dem Bataillonsarzt Dr. Müller geäußert habe: „Wir müssen die Sache so beschleunigen, daß uns keiner an den Wagen fahren kann.“ — Zeuge Dr. Müller: Es ist möglich, daß eine derartige Neuheuerung gefallen ist, aber Oberleutnant Miller wollte wohl damit sagen, man müsse sich vorsehen, daß der Fall nicht von irgendeiner Seite ausgenutzt würde. — Angekl.: Ich sollte auch auf Befehl des Bataillons über den Tod des Helmhaube einen Bericht einreichen, da das Bataillon mit der Möglichkeit rechnete, daß Kaiser die ganze Sache entstellen und aufbewahren würde. Von einer Verheerung, wie sie der Zeuge Volberg schildert, kann aber keine Rede sein. — Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge Volberg dann weiter, Miller habe viel mit einem Stod oder einem Spaten geschlagen.

Ausdrücke wie „Sau“, „Schwein“, „As“ seien bei ihm an der Tagesordnung gewesen. Außerdem habe er viel getrunken. — Rechtsanw. Dr. Girschfeld hält dem Zeugen darauf vor, daß er bei einer Vernehmung durch den Rechtsanw. Dr. Feber erklärt habe, er könne das schreckliche Bild des mißhandelten Helmhaube nie wieder loswerden, während er bei der Verhandlung vor dem Kriegsgericht ausgesagt habe, er könne sich nicht erinnern, Mißhandlungen gesehen zu haben. Die Verteidigung so erklärt Dr. Girschfeld, wird feststellen, daß Aussagen, die Herr Dr. Feber nicht in den Rahmen paßten, einfach weggelassen wurden.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

### Folgen der Spaltung.

In Paris hat am Sonntag eine Wahl zur Kammer stattgefunden, die allgemeine politische Bedeutung beanspruchen darf.

Es handelt sich um den zweiten Pariser Wahlkreis mit 180 000 Stimmberechtigten. Es waren zwei Sitze frei geworden. Der eine durch die Wahl Millerands zum Präsidenten der Republik, der zweite durch den Tod des Sozialisten Rauche.

In der Hauptwahl hatte der von Millerand gegründete nationale Siegerblock eine fürchterliche Schlappe erhalten. Für ihn wurden nur 48 000 Stimmen abgegeben; er hatte einen Verlust von ungefähr 30 000 Wählern zu buchen. Die Gegenkandidaten erhielten zusammen ungefähr 66 000 Stimmen: die Kommunisten 33 000, die Sozialisten 20 000 und die bürgerlichen Radikalen zirka 13 000. Bei einem einzigen Vorgehen wären die Imperialisten und Militaristen glatt geworfen worden.

Die Spaltung der Arbeiterchaft erzwang die Stichwahl, die am letzten Sonntag stattgefunden hat. Die vierzehntägige Frist war von der Reaktion ausgenutzt worden. Der Bolschewistenjähred wurde durch die Reichen der Wählerchaft gejagt, der schlummernde Kriegshag wieder zu hellen Flammen aufgeblasen.

Auf die Kleinbürger wirkten die Mittel: lieber schließlich noch einen Nationalisten als einen Kommunisten. Und sie kamen aus ihren Winkeln wieder hervor, wählten und retteten der Reaktion die beiden Mandate mit rund 70 000 gegen

58 000 Stimmen für die beiden eingeleiteten Kommunisten, die sich augenblicklich vor dem Schourgericht wegen erdichteter Verbrechen zu verantworten haben.

Millerand hat seine Genehmigung erhalten. Sie ist ihm geworden durch die Entziehung der Arbeiter auf Moskauer Befehl. Die Kommunisten sind schuld daran, daß die Arbeiter unterlegen sind.

Am gleichen Tage, wo in Paris die Reaktion triumphierte; verkündete Lenin in Moskau den Untergang der russischen Bolschewisten, wenn Europa ihnen nicht helfen würde, die russische Wirtschaft wiederherzustellen.

Die westeuropäischen Arbeiter haben ihre Engherzigkeit einem Phantom zuliebe geopfert. Die französischen Sozialisten insbesondere sind an sich in jenem Siegerlande augenblicklich politisch ohnmächtig und einflusslos. Sie bringen sich um ihre eigene Zukunft durch die Seeresolge für Moskau.

Der Ausgang der Pariser Wahl beweist das wieder. Im Wahlkreis des früheren Ministerpräsidenten Deques hat der Sozialist den Nationalisten glatt geworfen; in Paris unterliegen die Kommunisten.

Überall hat die Reaktion allen Anlaß, sich über die Moskauer zu freuen.

### Lenin meldet Bankrott an.

Nach einer amtlichen Meldung ist in Moskau am 8. März unter dem Vorsitz Lenins der 10. Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei eröffnet worden. Im Auftrag der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde der Kongreß von Kurt Geber, von der Polnischen Kommunistischen Partei durch Walecki, von der englischen Kommunistischen Partei durch Quach befehligt.

In seiner großen Eröffnungsrede erklärte Lenin, daß der Zustand von Kronstadt in den nächsten Tagen liquidiert werden würde. Die internationale Lage Sowjetrusslands sei durch die äußerst langsame Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt bedingt, und Sowjetrussland könne daher keinesfalls bei seinen politischen Plänen mit einem schnellen Siege der Weltrevolution rechnen. Die wichtigste politische Frage des Augenblicks sei das Verhältnis der Arbeiter zur Bauernschaft. Die Bauern müßten die Lebensschlüsse ihrer Ernteerträge im freien Handel absetzen dürfen.

Lenin erklärte weiter, daß der allgemeine wirtschaftliche Zusammenbruch die Sowjetregierung an der Durchführung der kommunistischen Idee verhindert habe. Die Aufbruchbewegung habe sich ausbreiten könne, weil man gezwungen war, Requisitionen bei den Bauern vorzunehmen, ohne ihnen eine Gegenleistung machen zu können. Lenin erklärte offen, daß der russische Soldat sich zum Banditen entwickelt habe. Ohne die Hilfe Europas könne Rußland nicht wiederhergestellt werden.

Die deutschen Kommunisten mögen sich diese Bankrotterklärung hinter die Ohren schreiben. Sie trompeten die Verbindung mit Rußland, und Rußland erklärt, daß es sich nur mit Hilfe Europas aus dem Bankrott retten könne. Das haben wir Sozialdemokraten den Arbeitern stets gesagt, die den kommunistischen Seifenblasen nachgelaufen sind. Aus unserer Munde haben sie's nicht geglaubt. Ihrem Percepot Lenin werden sie ja den Glauben nicht vertragen wollen.

Wie bei den unabhängigen Wählern, wird auch bei den kommunistischen die Erkenntnis bald anbrechen, und sie werden dann das Klammerfeld erblicken, das sie auf dem Wege der deutschen Arbeiter angerichtet haben und das die Sozialdemokratie allmählich wieder beseitigen muß.

### Aus der Parteibewegung.

Sitzung des Parteiausschusses.

In den Räumen des Parteivorstandes in Berlin hielt am Sonntag der Parteiausschuß eine Sitzung ab, um Stellung zu nehmen zu den schwebenden politischen Fragen. Das Referat über die Weltlage und die Londoner Konferenz hielt Hermann Müller. Nach kurzer Aussprache erklärte sich der Parteiausschuß mit der Stellungnahme der Reichstagsfraktion zur Außenpolitik einverstanden. Genosse Reil kam auf die bevorstehende Erledigung der Abänderungen zum Einkommensteuergesetz und die Verlängerung der Kohlensteuer zu sprechen und wies auf die schwerwiegenden Entscheidungen hin, die es auf diesem innerpolitischen Gebiet durchzuführen gilt.

Das Referat zum zweiten Punkte der Tagesordnung: Regierungsbildung in Preußen, hatte Genosse Vartels übernommen. In der Aussprache hierzu wurde auch die bevorstehende Regierungsbildung in Mecklenburg, wo am Sonntag Neuwahlen stattfanden, herangezogen. Für Preußen billigte man die Haltung und den bekannten Beschluß der Fraktion. Von weiteren Beschlüssen sah man bei der ungeläuterten Lage sowohl für Preußen wie für Mecklenburg ab.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wies der Parteivorstande Wels auf den in der Osterwoche in Dresden stattfindenden sozialdemokratischen Kulturtag hin, der den ersten sozialdemokratischen Scherztag umfaßt, ferner eine Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse und eine Tagung der Führer der Arbeiterjugend. Zur Schulfrage wurde einstimmig folgender Antrag angenommen:

Der Parteiausschuß erwartet von der Reichsregierung die sofortige Einbringung des Gesetzesentwurfs zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung, damit die weltliche Schule als die für den Staatsgedanken geeignetste Gemeinschaftsschule des deutschen Volkes endlich die notwendige gesetzliche Grundlage erhält.

Dem Parteivorstand wurde zur weiteren Erledigung die angeschnittene Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Blättern überlassen.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Selbst den Arbeitslosen!

Die Berliner Gewerkschaftskommission, das Ortskartell Berlin des Afa-Bundes und die freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin veröffentlichten einen gemeinsamen Aufruf, der Forderungen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zur Behebung der Arbeitslosigkeit enthält und mit folgendem Appell an die Solidarität aller Arbeitenden schließt:

„Was, was hierin gesagt ist, ist so klar und selbstverständlich, daß sich die gesamte Arbeitererschaft einmütig dahinter

stellen kann und muß. Besonders wichtig sind die Punkte über die allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit. Es muß möglich gemacht werden, alle Arbeitslosen in den Betrieben unterzubringen. Der für die verkürzte Arbeitszeit ausfallende Lohn soll zu 75 vom Unternehmertum und den Reichsbehörden getragen werden. Das restliche Lohnbrutto für diese Festerstunden sollen die Arbeitenden selbst tragen. Es handelt sich hierbei um einen Akt der Solidarität der Vollbeschäftigten im Interesse der Arbeitslosen und Ausarbeiter. Bei der Reduzierung der Arbeitszeit auf 38 Stunden würden dann 44 Stunden, 30 „ „ „ 43 „ 24 „ „ „ 40 „ bezahlt werden müssen.

Wir wissen, daß wir hiermit ein großes Opfer von den noch voll in den Betrieben tätigen Arbeitern und Angestellten verlangen. Doch dieses Opfer ist notwendig, um die Unternehmer und das Reich moralisch und faktisch zu zwingen, auch ihrerseits die Forderungen zu erfüllen. Die Größe dieses Opfers verschwindet, wenn man daran denkt, daß dadurch Millionen Arbeiter und Arbeiterkinder vor dem völligen wirtschaftlichen Untergang gerettet werden können.

Arbeiter und Angestellte! Wir fordern euch auf, in allen Betrieben und Organisationen Beschlüsse zu fassen und sie uns zu überlassen, aus denen klar ersichtlich ist, daß ihr hinter diesen Forderungen steht und gewillt seid, ihnen den allerhöchsten Nachdruck zu verleihen.

Schraus der Kommunisten in Döschau.

In der Jahresversammlung des Döschauer Gewerkschaftskartells am 8. März erklärten die kommunistischenellenbauer eine vernichtende Niederlage. Bei der Neuwahl des Kartellvorstandes erhielt der kommunistische Führer Karl Sturwe von 92 abgegebenen Stimmen ganze 12. Die übrigen vorgeschlagenen Kandidaten der Kommunisten brachten es auf wenige Stimmen mehr, nur einer, der sich bisher bei dem kommunistischen Persönlichkeitstreiben öffentlich nicht so hervorgetan hat, erhielt 30 Stimmen.

Gewählt wurden nur Sozialdemokraten, die zwischen 71 und 92 Stimmen auf sich vereinigten. Zu dieser Niederlage gefellte sich noch eine zweite moralischer Art. Von einem Delegierten wurde die stürmische Entlassung auslösende Mitteilung gemacht, daß Sturwe, der Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes der Döschauer Fabrikstelle ist, in einer Vergarbeiter-Versammlung im vorigen Jahre öffentlich zur Wahl von unionistischen Betriebsratsmitgliedern aufgefördert habe. Sturwe wurde als unwürdig bezeichnet, weiterhin einen Posten in der freien Gewerkschaftsbewegung zu bekleiden. Dasselbe wurde dem Kommunisten Hans Pfort, der ebenfalls Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes ist, nachgewiesen.

### Notizen.

Rechtsbeschränkung im Reichstag. Der Reichstagsrat des Reichstags einigte sich, bei der Staatsberatung jeweils nur einen Redner vorzuschicken. Ausgenommen soll der Etat des Innern sein, bei dessen Beratung zwei Redner mit der Beschränkung auf eine Redezeit von 30 Minuten zulässig sein sollen. Man hofft, auf diese Weise die Staatsberatung in dieser Woche abzuschließen. Der Wiederbeginn der Beratungen nach der Osterpause ist noch nicht endgültig festgesetzt. — Im Hinblick auf die Verschlebung der Parteikämpfe wird nach der Osterpause auch eine Neubesetzung der Ausschüsse und des Präsidiums in Aussicht genommen. Von Mitgliedern der Linken ist vorgeschlagen, vier Vizepräsidenten zu wählen, damit den Unabhängigen der Vizepräsident verbleibt und die Deutsche Volkspartei einen erhält.

Zusammenstoß in Oberschlesien. Gestern wurde im Walde von Barchow der deutsche Polizeihauptmann Rusch in erschossen. Er befand sich auf der Fahrt durch den Wald gemeinsam mit einem französischen Hauptmann und dem englischen Kontroll-offizier beim Kreiskontrollur in Mynitz, Simson. Der Mord erregt großes Aufsehen. — In Michalkowitz, wo der Kreis-kontrollur von Rationals-Band entgegen den Verordnungen der Interalliierten Kommission eine Polenversammlung erlaubt hatte, kam es zwischen Abstimmungsbeamten und Polen zu einer schweren Schießerei, in deren Verlauf mehrere Polen sowie zwei Abstimmungsbeamte getötet, sechs Abstimmungsbeamte schwer verletzt wurden.

Vorabstimmung in Oberschlesien. Die Abstimmung derjenigen Beamten und Stimmberechtigten, die am 20. März mit Rücksicht auf dienstliche Abhaltungen nicht abstimmen können, ist am Sonntag bereits konstatiert gegangen. Sie wies eine überaus große Beteiligung auf und verlief ohne jeden Zwischenfall.

Hamborn gilt als besetzt. Während vor einigen Tagen die Besetzung Hamborns wieder aufgehoben worden war, ist nunmehr der Hamborner Stadterwaltung von dem belgischen Truppenkommando erklärt worden, daß Hamborn, weil es zwischen dem besetzten Duisburg und dem besetzten Wailum liege, nicht frei bleiben könne und daher als besetzt zu gelten habe. Von der Besetzung der Stadt mit Truppen soll aber vorläufig Abstand genommen werden. Ob Truppen in die Stadt gelegt werden würden, würde ganz von dem Verhalten der Bevölkerung abhängig gemacht werden. Ueber die Stadt ist jedoch der Belagerungsstand verhängt worden.

Neubesetzungen im Westen. In dem Bahnhofsgebäude des zum Frankfurter Stadbezirk gehörigen Ortes Rödeltum sind seit gestern drei französische Offiziere und acht Soldaten untergebracht worden, die die Aufgabe haben, die durchziehenden Güterzüge zu kontrollieren. In Mittelbiedel, einem an der Südwesgrenze Frankfurt am Main gelegenen Vorort, haben die Franzosen in einer Biegelei mehrere Bureaukrume mit Beschlag belegt.

Deutschnationale Spaltung und Herzleiden. Die Unstimmigkeiten im Lager der Deutschnationalen haben bereits zu Ab-spalnungen, gegenseitigen Anpöbelungen und jetzt auch zu einem Herzleiden des Parteivorstandes Herzgt geführt. Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei gibt nämlich bekannt: „Der Herr Parteivorstande sieht sich infolge eines schweren Herzleidens auf ärztlichen Rat genötigt, sich einer sechswoöchigen Erholungskur zu unterziehen. Seine Vertretung im Parteivorstand wird durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Geh. Justizrat Dietrich, M. d. R., wahrgenommen. Das Herzleiden wird sich wohl kaum so weit bessern, daß Herzgt die Führung der Deutschnationalen wieder übernehmen kann.“

Die Mörder des spanischen Ministerpräsidenten verhaftet. Die Madrider Polizei verhaftete einen vierzehnten namens Alvaro Pedro Mateo, 22 Jahre alt, aus Xaragona gebürtig, der eingekannt, der Mörder Datoos zu sein, und auch die Namen seiner beiden Spießgesellen angegeben hat. Die Generaldirektion der Polizei bestätigt diese Meldung.

Sechs Sinnsfeiner gefangen. Am Montag wurden sechs Sinnsfeiner in Dablin gefangen. 25 000 Personen hatten sich um das Gefängnis angeammelt. Als Zeichen der Trauer wurde die Arbeit bis 1 Uhr eingestellt.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

prompt, wiegend bei:



**Joga**

**Gicht, Rheuma, Nerven- und Kopfschmerzen.**

Joga selbst die Säure aus und geht daher direkt zur Wurzel des Übels. Keine schädlichen Nebenwirkungen wie bei Aertzen und Runkeln empfohlen. In allen Apotheken erhältlich.



# LANGE & MÜNZER

## Für die Konfirmation

Untertailen mit Stiderei . . . . .	11.50
Untertailen mit breiter Stiderei, Rückenfluß . . . . .	14.50
Untertailen Vorderteil ganz aus Stiderei . . . . .	17.50
Backfisch-Hemden Reformschnitt, mit Saugette . . . . .	26.50
Backfisch-Hemden aus gutem Hemdentuch, mit Verzäufelung . . . . .	36.50
Backfisch-Hemden ringsum mit Stiderei . . . . .	38.50
Backfisch-Beinkleider Reifeform m. Stiderei 38.00 . . . . .	24.75
Backfisch-Beinkleider Knief., u. gut. Hemdentuch, m. Stid.-Ein- u. Auf. 48.00 . . . . .	39.50
Backfisch-Unterröcke aus mittelhartem Pflüch-lich, mit Stidereirolant . . . . .	45.00 32.50
Backfisch-Unterröcke Prinzessform, mit Stiderei-ansatz . . . . .	75.00 69.00
Backfisch-Unterröcke mit hoher Taille und hohem Stiderei-Rolant . . . . .	78.00
Damen-Nachtjacken aus Hemdentuch, mit Unterleg-tragen und Verzäufelung . . . . .	37.50
Taghemd und Beinkleid mit Stiderei . . . . .	88.00
Damen-Nachthemden aus Batist oder Hemdentuch, mit Stiderei oder Spitzen reich garn. 118.00 . . . . .	88.00

Schleifen für Stehtragen . . . . .	3.45	2.15
Selbstbinder breite Form, einfarbig und gemustert . . . . .	12.50	9.75
Serviteure aus gutem Stoff . . . . .	8.75	

## Konfirmations-Kleider

Kleider aus einfarbigen Stoffen, mit bunter Stepperei . . . . .	169 <sup>00</sup>
Kleider aus gestreiften Stoffen, offen u. geschlossen zu tragen . . . . .	250 <sup>00</sup>
Kleider aus reinwohlenem Cheviot, mit farbiger Stiderei und Tuchaufschlägen . . . . .	298 <sup>00</sup>
Kleider aus guten schwarzen Stoffen, jugendliche Form . . . . .	298 <sup>00</sup>
Kleider aus schwarzen Popelinestoffen, moderne Form . . . . .	390 <sup>00</sup>
Kleider aus guten schwarzen Stoffen, mit Stiderei und Plissee garniert . . . . .	450 <sup>00</sup>

Hosenträger Summi, mit Eisengarnbiete . . . . .	12.75	8.75
---	-------	------

## besonders billiges Angebot

Zierschürzen mit Träger, blau-weiß gestreift, mit bunter Kante . . . . .	19.50
Zierschürzen mit Träger, aus weißen Stoffen mit Stiderei-Ein- und -Aufsatz . . . . .	29.50
Blusenschürzen aus guten gestreiften u. gestüpften Stoffen . . . . .	36.00
Batist-Taschentücher mit gestickter Ecke . . . . .	2.75
Batist-Taschentücher mit handbedruckten Ranten . . . . .	3.45
Batist-Taschentücher mit breiter Spitze . . . . .	4.50
Batist-Taschentücher mit Buchstaben . . . . .	4.90
Konfirmanten-Handschuhe Floz, porz., schwarz Paar 2.00 . . . . .	2.25
Konfirmanten-Zwirnhandschuhe weiß Paar 10.50 . . . . .	8.50
Konfirmanten-Handschuhe reine Seide, schwarz Paar 10.50 . . . . .	8.50
Konfirmanten-Glacéhandschuhe schwarz Paar . . . . .	24.00
Konfirmanten-Strümpfe 1x1 gestrickt, schwarz, leberfarbig Paar 14.00 . . . . .	12.50
Konfirmanten-Strümpfe 1x1 gestrickt, Rot, schwarz Paar . . . . .	18.50
Burschen-Hemden aus Rafffähigem Hemdentuch 55.00 . . . . .	49.50
Beinkleider mafelfarbig . . . . .	34.50
Mako-Hemden gute Qualität . . . . .	39.50
Einsatz-Hemden gute, gewaschene Ware — mit modernen Einsätzen . . . . .	48.00
Normalhemden wolgemischt . . . . .	48.00

Kragen gefärbt, mit Ede . . . . .	4.50
Sportkragen weiß, aus guten, glatten Wollstoffen . . . . .	6.50 4.50
Manschetten gefärbt . . . . .	14.50 13.50

**Auf Kredit und gegen bar!**  
zu äußerst günstigen Zahlungsbedingungen erhalten Sie

**Herren-Anzüge**  
Burschen- und Konfirmanten-Anzüge  
sowie und modern, Glas für Maß  
Damen-Mantel, Kostüme, Röcke, Blusen  
Bettwäsche — Handtuch  
Kostümstoffe — Hemdentuch — Wäsche  
preiswert bei

**S. Margulies** Breitenweg 80/81, I  
Eing. Katharinenstr.  
Besucht: Wochentags v. 9 bis 12 u. v. 2 bis 6 Uhr  
Sonnabends bis 7 Uhr

Einkauf von  
**Gold-, Platin-, Silber-Bruch,**  
alten Ketten, Ringen,  
Armbändern, Broschen,  
Ohringen, Medaillons,  
Goldbrandstücken usw.

**alten Gebissen**  
ganzen u. einzelnen Seiten,  
wenn dieselben vor dem  
Kriege angefertigt sind.  
Edelmetall - Einkauf

**Georg Sack**  
Große Münzstr. 2.

Jede Dose Magol  
die Sie statt eines an-  
wärtigen Schuhputzes ver-  
langen, hilft der Magdeburger  
Industrie.

Magdeburg braucht  
hilfreiche Bürgerinnen.

**MAGOL**  
der schone Schuhsputz  
Herst.: Mawagol-Gesellschaft m. b. H., Magdeburg.

Fahrraddecken 46.00  
Fahrraddecken 55-70  
m. Hart-Auflage 14.00  
**Luftschlächte**  
geprüft . . . 14.00  
extra prima . . . 23.00

**Gummi-Absätze**  
Gummi-Sohlen  
sowie  
Kinderwagenreifen  
stets vorräthig zu billigsten  
Einsparungen.

**Rohlik**  
Gummivarer  
Breitenweg Nr. 128  
gegenüber der Katharinen-  
kirche. 81.6

**Verzinkte 4- und 6eckige Drahtgeflechte**  
für Einzäunungen, Hühnerhöfe etc  
Stacheldrähte, Spann- u. Binde-  
drähte, Krampen  
sowie sämtliche für den Gartenbau  
benötigten Artikel liefert preiswert u. gut

**Ernst Stechhan**  
Drahtwarenfabrik 708  
Buckauer Straße 17 - Telephon 2479  
Straßenb.-Haltestelle Linie I Buckauer Straße  
Abgabe auch in kleinen Mengen.

**Egeln Zahn-Praxis Egeln**  
Sprechstunden:  
Wochentags 8-12 Uhr vormittags, 2-6 Uhr nachmittags  
Sonntags auf vorhergehende Anmeldung. 608

**Dentist Alfred Borges, Breitenweg 90.**

Drucken, Umnähen  
von Hüten für Damen u.  
Herren schnell u. preiswert.

**Lina Badelt**  
Olvenstädter Straße 28.

**Viel Geld** 583  
Sparen Sie beim Einkauf meiner Stoffe.

Anzugstoffe, 140 cm breit  
42.50 und 47.50 und höher.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Jacobstr. 3 **J. Sorger** Jacobstr. 3

**Möbel**  
in 4 Etagen!  
Komplette  
Schlafzimmer  
von 1650 bis 9500 Mark  
Wohnzimmer  
von 1200 bis 4800 Mark  
Speisezimmer  
von 3450 bis 9500 Mark  
Herrenzimmer  
von 3900 bis 5500 Mark  
aparte Stüchen  
von 670 bis 2800 Mark  
in farbig und natur lackiert

**Jalousien — Rollläden**  
Reparatur u. Neuanfertigung  
**Carl Helmholtz**, Gr. Diebtorfer Str. 128  
Telephon 4572.

**la. Weinbrand - Verschnitt**  
1/2 Liter inkl. Glas und Steuer 40.00 Mark

**la. alter Weinbrand - Rognat**  
1/2 Liter inkl. Glas und Steuer 48.00 Mark

**Oppmann - Rabinett - Sekt**  
612  
inkl. Glas und Steuer 48.00 Mark

Für Gastwirte lose Ware in Korbfässchen billigst.

**B. Rothmann, Spirituosen-Großhdlg.**  
Magdeburg, Gr. Diebtorfer Str. 9. Tel. 4028.

**Zahnpulver, Zahnpasta**  
**"23"**  
Kleiner weißer, gesunder Zahn  
In allen Apoth., Droger., u. Parfüm.

**Obstbäume!**  
Apfel, Birnen, Eib- und Saureckirschen, Pfirsche,  
Schattensmolken, extra große Johannisbeersbüschel,  
Himbeeren, Brombeeren, Spalierobst und alle Sorten  
Eimererlen empfiehlt

**Otto Fuchs** Magdeburg-N., Kastanienstraße 10.  
Tel. 8154.

**Klubmöbel**  
**Rorbüffel**  
**Eingelmöbel**  
Verkauft zu  
soliden Preisen.  
Auf Wunsch  
bequeme  
Zahlungsweise  
mäßige Amortisation.  
Spezialhaus f. Möbel-  
Ausstattungen  
**A.**

**Wer streichen will**  
kauft alle Lacke, Farben, Pinsel etc.  
immer noch preiswert und gut bei 584

**Erwin Prange** Erstes Spezialgeschäft für alle  
Lacke, Farben und Leime.  
Magdeburg, Berliner Str. 29, Ecklad. Fernspr. 7302

**Köstritzer Schwarzbier**  
und andre feinste echte Biere  
**Patzenhofer**  
in Flaschen, Siphons und Fässern.  
Bestellungen für Vatertag und Ostern  
erbiten wir schon jetzt.

**Mahlow & Bichtemann**  
Olvenstädter Straße 5. Telephon 2583

Die neuen  
**Frühjahrs-Hüte**  
für Damen und Kinder  
in grösster Auswahl  
zu bekannt vorteilhaften Preisen

**Anton Funke**  
Breitenweg 95. Gegründet 1879.

**Friedländer**  
Magdeburg  
Alte Ulrichstr. 11  
Gegründet 1872  
Versand nach allen Orten.

**Große Gelegenheitsposten**  
gute Qualitätswaren zu enorm billigen Preisen!

**Konfirmanten-Anzüge**  
Mk. 185.00 250.00 295.00 350.00

**Herren-Anzüge und Paletots**  
Mk. 195.00 320.00 410.00 580.00  
tragfähige Qualitäten und gute Verarbeitung.  
Durch Erparnis der teuren Ladenmiete kaufen Sie vor-  
teilhafter und gut.

**Sieverlings**  
Etagegeschäft  
17 Jakobstraße 17

**Pantoffelfabriken.**  
In nur erstklassigem Ausfall liefert:  
la. leichte lästige Unterlederhüte und  
sehr leicht wiegende extra breite  
prima Nachlederhüte zu billigen  
Lagerpreisen.

**Meyer Michaelis, Lederhandlung,**  
Magdeburg, Große Marktstraße 16.  
(Gegründet 1864.) 614













# Hüte u. Mützen für Herren.

Die unterzeichneten Mitglieder des Reichsverbandes deutscher Hutgeschäfte haben ihre Bestände in Herrenhüten und Mützen zeitgemäß niedrig kalkuliert. — Es wird darauf hingewiesen, daß die Mitglieder durch die Verbandsorganisation gezwungen werden, nur gute und tragfähige Kopfbedeckungen zu führen, wodurch die Käufer die größte Gewähr haben, mit besten Fabrikaten in dauerhaftesten Qualitäten bedient zu werden. — Frühjahr-Neuheiten sind eingegangen.

## Reichsverband deutscher Hutgeschäfte

### Ortsgruppe Magdeburg:

- W. Adam Nachf., Jakobstraße 44
- Emil Ethe, Große Diesdorfer Straße 15
- Gustav Fichtner Nachf., Breitenweg 159
- Richard Heyer Nachf., Alter Markt 7
- Fritz Imhoff, Himmelreichstraße 21
- Richard Lindemann, Breitenweg 146
- Gustav Nowak, Halberstädter Straße 121 b
- Julius Nowak, Halberstädter Straße 106 a
- B. Weyland, Breitenweg 247
- W. Stahlke, Halberstädter Straße 39 a
- Otto Topp, Breitenweg 181
- U. Wolter Söhne, Breitenweg 270

- Bernhard Bößner, Schönebecker Straße 108
- Robert Fischer, Große Diesdorfer Straße 281
- U. Günzrodt, Döbenstedter Straße 64
- Mag. Hupe, Alter Markt
- S. Karpe, vorm. Th. Dufschky Nachf., Breitenweg 14
- Mag. Matthes, Wilhelmstr. 9 u. Breitenweg 78/74
- Willi Nowak, Jakobstraße 50
- Franz Püskuhl, Lübecker Straße 120
- F. Seitschel, Georgenplatz 18
- Franz Stute Nachf., Schönebecker Straße 34
- Alara Würdig, Agnetenstraße 15
- Rudolf Zimmermann, Breitenweg 272

Burg bei Magdeburg: Emil Linke, Markt 7 — C. Jahn, Breitenweg 47

Kalbe an der Saale: Emil Eismeyer

Gardelegen: Dirlam, Magdeburger Straße

Renhaldensleben: Herm. Jensch, Hagenstr. 8 — Otto Ulrich, Markt 5

Döbbersleben: Paul Winkelmann, Hornhauser Straße 5

Schönebeck: Paul Berger, Salzdor 10 — Fr. Ohle, Salztor Straße 11

## Persil

Wäscht  
schneeweiß,  
ersetzt Rasenbleiche,  
schont und erhält  
die Wäsche,  
spart Arbeit  
Seife u. Kohlen.  
Bestes und billigstes  
selbsttätiges  
Waschmittel  
Preis Mk. 4.— das Paket  
Henkel & Cie.,  
Düsseldorf.

### Burg. Zahnpraxis-Uebernahme.

Einen geehrten Publikum von Burg u. Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage die Zahnpraxis des Herrn Dentist Georg Wagner, Schartauer Straße 59, übernommen habe. Mich bestens empfehlend, hochachtungsvoll  
Dentist Oskar Pleier, Schartauer Str. 59.

### Zahnpraxis-Uebergabe.

Büßlichst bezugnehmend auf obige Mitteilung, danke ich meinen werten Patienten und den pp. Vorständen der verschiedenen Praxentaxen für das mir in so überaus reichem Maße geschenkte Vertrauen und bitte, daselbe auf meinen Nachfolger, Herrn Dentist Oskar Pleier, übertragen zu wollen. Mit vorzüglicher Hochachtung  
Dentist Georg Wagner.  
8186

Es ist uns ein Bedürfnis, bei unserm Weggange von hier allen unsern lieben Freunden und Bekannten ein herzliches Abschiedswort zu sagen. Wir haben sehr viel Liebe und Entgegenkommen hier erfahren, dürfen und werden Burg stets in gutem Andenken behalten.  
Dentist Wagner und Frau  
nebst Kindern.  
8186

Heute morgen um 11 Uhr entschlief nach langem, schwerem, mit Gebuld ertragenem Leiden mein lieber Mann, mein guter Vater, der Stellmacher  
**Georg Lepke**  
im 60. Lebensjahre. 8194  
Magdeburg-W., den 14. März 1921.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Donnerstag den 17. März, nachmittags 3 Uhr, von der Hauptkapelle des Westfriedhofs aus statt.  
Von Beileidsbesuchen bitte absehen.

Wegen Ersparnis der hohen Ladenmiete und der bedeutenden Speiseverläufe äußerst preiswert  
**gute Damen-Konfektion**  
Steinstraße 5, I.  
2 rosafarb. Blüte f. Konfirm., Herrenjackett, vert. Bahnmantel, Ebendorfer Str. 52. 8176

### Sozialdemokratisch. Verein Magdeburg.

**Margarete Dräbert**  
im Alter von 43 Jahren an Herzkrankheit.  
Durch den pflüchtigen Tod ist eine Genossin entfallen worden, die seit 1908 der Partei angehört hat. In der langjährigen Mitgliedschaft ist sie stets mit Eifer für unsere Sache eingetreten. Bei der Parteiliebe ihres Gatten hat sie demselben treu zur Seite gestanden. Wir verlieren eine tüchtige Genossin und bedauern mit den Angehörigen den herben und frühen Verlust der Verstorbenen.  
Ehre ihrem Andenken!  
Der Vorstand.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 16. März, nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Neustädter Friedhof statt. Wir erlauben unsere Genossinnen, sich an der Beerdigung recht zahlreich zu beteiligen. 148

**Gegen unreines Blut!**  
Segrega-Pillen  
Kof-Apotheke,  
Breitenweg 158,  
am Ulrichsbogen.

**Stenotypistin**  
(keine Anfängerin) mit guter Schulbildung sucht sofort  
**Max Schlutius**  
Durchschreibfabrik  
Döbenstedter Str. 66.  
Schriftliche, erstklass. selbständ. **Landwirtschaftsgärtner**  
815  
Friedrich Engelmann,  
Groß-Landwirtschaftsgärtner,  
Braunschw. Straße 3,  
Telephon 1180 und 4338.

**Ehrentilgung.**  
Die gegen Frau Wille ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück.  
Otto Nowack.  
1919

Mehrere tüchtige  
**Royal-Schmelzer**  
oder Lackfieder  
gegen hohe Bezahlung gesucht. Best. ausführliche Angebote unter G L D 1921 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 577

**Mitteilung über Brennspiritus.**  
Das Reichsmonopolamt für Branntwein hat die noch bestehenden Beschränkungen für den Bezug von Brennspiritus aufgehoben. Damit fällt das bisherige Bezugsmarkensystem weg.  
In Zukunft kann jeder private und gewerbliche Verbraucher seinen Bedarf in Brennspiritus bei den bekannten Verkaufsstellen ohne Bezugsmarken beden.  
Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, Abteilung Magdeburg.

**Bekanntmachung.**  
Die am 25. März 1921 auf dem Seebachplatz und in den Stadtteilen Neue Neustadt, Buckau und Sudenburg abgehaltenen Wochenmärkte werden wegen des Karfreitags auf Donnerstag den 24. März und der Wochenmarkt am 28. März auf den Jakobikirchplatz mit wegen des Osterfestes auf Dienstag den 29. März verlegt.  
Magdeburg, den 11. März 1921.  
Der Polizeipräsident.  
I.A. 907.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltung Magdeburg.  
Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, I. — Geschäftsstunden  
Werktag von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 2 Uhr  
— Sonntags geschlossen. — Telephonruf 1912. —  
**Achtung!** 127 **Achtung!**  
Mittwoch den 16. März, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
im Lokal von Kuchefeld, Knochenhauerufer.

**Sitzung der Zeitungsträger und Bezirksleitungen.**  
Vollständiges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.  
Mit Gruß Die Verwaltung.

**Deutscher Eisenbahner-Verband**  
Ortsverwaltung Magdeburg.  
Donnerstag den 17. März, abends 7 Uhr, im Lokal  
von Kuchefeld, Knochenhauerufer 27/28  
**Große Funktionär-Sitzung.**  
Sagordnung: 123  
Stellungnahme zu den Betriebsräte-Wahlen.  
Zusweizarten sind voranzuliegen. Am vollständigen Erscheinen eruchtet Die Ortsverwaltung.

**Erwin Fritsch, Juwelier u. Graveur**  
Telephon 2368. — Lötterstraße 1b. — Telephon 2308.  
**Zur Konfirmation**  
empfehle billige und gute Geschenke in Gold, Silber, Sutil und Onyx.  
**Spezialität: Fugenlose Trauringe.**  
Anfertigungen und Reparaturen in eigener Werkstatt.  
Ankauf von Brillanten, Gold- und Silberbruch.

Empfehle prima frisch eingetroffen  
**Grüne Heringe** Pfd. 1.80  
**Seefische** bittger Pfund 1.80  
**Bratfische** Pfund 2.00  
Berta Weiss, Große Junferstraße 8

**Fisch-Zentrale**  
Hans Heinrich Dralle  
Billige Seefische, hohe Fleischpreise!  
Zum Verkauf gelangen:  
1. Schellfisch ohne Kopf  
2. Kabeljau  
3. Seelachs  
4. Fischfilet  
5. grüne Heringe  
zu ganz besonders billigen Preisen.  
Verkauf: Marktstand vor den Kolonnaden u. Johannisberg 4.

**Eier**  
frische Ulmstädter Landeier  
Stück 1.20 Mark  
Abgabe nachmittags von 3 bis 6 Uhr von 60 Stück an.  
Vereinigte Eiergrosshändler G. m. b. H.  
Viktoriastraße 5, Fernsprecher 8484. 8125

**Speisekartoffeln**  
Von unserm Lager Hauptbahnhof (Westseite) können täglich bis 2 Uhr nachmittags  
**weiße Speisekartoffeln**  
zu 41.50 Mark je Zentner bezogen werden. Bei Lieferung frei stellt sich der Preis auf 43.00 Mark.  
Bezugsberechtigt sind Eisenbahnbeamte und -arbeiter, Pensionäre und deren Hinterbliebenen. Telephon Nr. 7560, Nebenamtlich 36. 8181  
Wirtschaftsstelle der Eisenbahn-Direktion  
Kartoffelausschuss.

**Adobe = Blut = Schokolade!**  
Cremer, Vanille, Mokka, Milch-Schokolade, Ockerartikel, Bonbons und alle Süßwaren, Confecturen, Marschbons, Back- und Nougatmasse und viele andere Artikel. — Lagerbesuch lohnend. 8125  
**Adolph Behrendt, Großhandlung**  
Blomardstr. 11. Fernspr. 7153, 8272, 4859. Telegr.-Adr. Adobe.  
Verkauf nur an Weiberverkäufer.

**Großer Vorkonfirmanden-Anzüge**  
aus nur guten Stoffen, zu sehr billigen Preisen 308  
**J. Sorger**  
Belagungskauf  
3 Jakobstr. 3  
Anschick ganz gestrichelt

**Nähmaschinen, Fahrräder** 7877  
auch defekte, taugt Göße, Goldschmiedebrücke 8, I.  
Gut erhaltene Mandoline billig zu verkaufen. Piffel, Friedenstr. 20, S. I. 814  
Ziegenbock, einjährig, mit Geschir und Schere zu verl. O. Ulrich, 814  
alte Ulrichstraße 18, S. II.

**Sutterfische**  
große und kleine, zu verkaufen bei Carl Reubauer, Groß-Robensleben. 608

**Möbel**  
echt einj. Speisezimmer, 1 Herrenzimmer, 1 Schlafzimmer alle drei Zimmer zusammen 8880 Mk.  
Gustav Jentzsch, Magdeburg, Breitenweg 150.

**Schlafzimmer**  
Rüchen, Sofa, Chaiselongues, Einzel- u. Kinder- Möbel sehr preiswert. W. Babel, vorm. W. Dießing, Döbenstedterstraße 4. 834  
Vollständige Plättereinrichtung mit abstellbarer Maschine, gr. Waschtisch billig zu verkaufen. Brennecke, Werber, Gartenstr. 35, Ht. 8180  
Zur Konfirmat. echt gold. Ringe, v. 35 Mk. an, Manschettenknöpfe, Uhrketten, Zigaretten, alles außergewöhnl. billig i. Geleitenskaufgeschäft. J. Plintschuk, Regierungstr. 79, 2 Tr. Klein Laden.

**Sofas und Chaiselongues**  
in schön. Mustern u. g. Ausführung sehr preiswert bei Scholz, Gr. Mühlstraße 17, S. r. I.  
Ruhensanz, 123, Schillerstraße, Vorderbühnen, Etchemingstr. 12, Eberhardt, Westerbücker Str. 12, I. E.  
Gehrock-Anzug, Militärrock u. Stummel, Hofe verkauft in Stummel, Fichtelbrücke 36.  
Schwarz, Gehrock-Anzug sowie ein fast neuer grauer Jackett-Anzug g. bill. zu verl. 8196 Lorenz, Goethestr. 37.  
Mod. Kinderwagen zu verl. Günther, Caccan, Pfefferstr. 10, S. L. 2 Tr. 8188  
Gold-, Silber-, Platinbruch zum Verkaufer, 281 Helmhofstraße 17.

**Einen Behehlung sucht**  
F. Willocks, Gold- u. Silberarbeiter, Hohenzollernstraße 3.  
Jüngeren, Fahrradschlosser sucht sofort oder später 8187 Heinrich Schulze, Burg.



